

Mo, 16.10.2023, 16:19, dpa

## **Grüne hoffen auf Neustart mit Polen für Oder-Ausbau**

Deutschland und Polen haben in einem Abkommen Verbesserungen für die Oder im Rahmen eines Ausbaus vereinbart. Das Tempo ist auf beiden Seiten des Grenzflusses aber unterschiedlich - Polen baut schon. Das stößt in Deutschland auf Kritik. Die Grünen legen ein Gutachten vor.

Frankfurt (Oder) (dpa/bb) - Die Grünen sehen den Hochwasserschutz angesichts des Ausbaus der Oder durch Polen in Gefahr und hoffen nach der Parlamentswahl auf bessere Zusammenarbeit mit dem Nachbarland. Ein Gutachten im Auftrag der Grünen im Bundestag und im Brandenburger Landtag kommt zu dem Schluss, dass Polen das deutsch-polnische Abkommen zum Oder-Ausbau verletzt und es gravierende Mängel beim Hochwasserschutz gibt.

Der Ausbau des Flusses durch Polen durchkreuze alle Pläne zur Revitalisierung der Oder, sagte der Grünen-Bundestagsabgeordnete Jan-Niclas Gesenhues am Montag. «Die Eingriffe zerstören die Rückzugs- und Laichorte. Das darf so nicht weitergehen.»

Der Umweltpolitiker zeigte sich nach der Parlamentswahl in Polen am Sonntag aber zuversichtlich: «Wir hoffen auf einen Neustart in der Umweltpolitik», sagte Gesenhues. Es gehe darum, dass der Fluss besser geschützt werde. Die seit 2015 in Polen regierende PiS ist laut Prognosen bei der Parlamentswahl stärkste Partei geworden. Sie verfehlte aber die absolute Mehrheit. Die Opposition sieht Chancen für einen Machtwechsel.

An diesem Dienstag befasst sich eine Konferenz des Bundesverkehrsministeriums in Frankfurt (Oder) mit der Zukunft des Flusses. Brandenburgs Grünen-Fraktionschef Benjamin Raschke forderte Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) zu einem Aufschub für den Oder-Ausbau auf, um nachzuverhandeln. «Der Ball liegt bei Herrn Wissing.» Die Landtagsabgeordnete Sahra Damus forderte von Wissing, bei der Regierung in Polen auf eine Vertragsverletzung hinzuweisen.

Das Abkommen zum Oder-Ausbau hat einen besseren Hochwasserschutz über die Abfuhr von Eis zum Ziel und regelt den Ausbau von Bauwerken wie Buhnen. In dem Gutachten der Rechtsanwälte Baumann (Würzburg) ist zum Beispiel von einseitigen Maßnahmen Polens wie zusätzlichen Vertiefungen, Querbauwerken und Staustufen die Rede.

Mehrere Umweltverbände hatten im vergangenen Jahr Klage gegen den Ausbau der Grenz-Oder beim Verwaltungsgericht in Warschau eingereicht. Die Genehmigung der polnischen Umweltbehörde zum Ausbau der Oder wurde daraufhin vorläufig aufgehoben, die Bauarbeiten wurden gestoppt.

Im Sommer vergangenen Jahres verendeten in der Oder Hunderte Tonnen Fische und Weichtiere. Fachleute gehen davon aus, dass hoher Salzgehalt, Niedrigwasser, hohe Temperaturen und das Gift einer Algenart wesentliche Ursachen für das Fischsterben waren. Das Fischsterben sorgte dafür, dass die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zunächst deutlich schwieriger wurde.

[https:// www.rbb24.de/panorama/beitrag/av7/video-oder-ausbau-beziehungen-mit-polen.html](https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/av7/video-oder-ausbau-beziehungen-mit-polen.html)

# Ausbau der Oder: Gutachten sieht Verstoß gegen Abkommen

*Benjamin Lassiwe, Tagesspiegel, Mo 16.10.2023, 13:46 Uhr*

Der umstrittene [Ausbau der Oder](#) beschäftigt weiter die Politik: Ein im Auftrag mehrerer Europaabgeordneter sowie der Brandenburger Landtags- und der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Auftrag gegebenes Gutachten attestiert der polnischen Seite eine „massive Verletzung“ des deutsch-polnischen „Abkommens über die gemeinsame Verbesserung der Situation an den Wasserstraßen im deutsch-polnischen Grenzgebiet“.

„Die polnischen Baumaßnahmen sind illegal“, sagte die Frankfurter Landtagsabgeordnete Sahra Damus (Grüne) am Montag. „Dass dies bisher weder in Polen, noch beim Vertragspartner - dem Bundesverkehrsminister - Konsequenzen nach sich zieht, ist nicht hinzunehmen.“ Auch die Auswirkungen auf den Hochwasserschutz seien problematisch: Man habe sich bislang nur auf mögliche Winterhochwasser konzentriert. Sommerhochwasser seien als Nebensächlichlichkeit abgetan und kaum untersucht worden.

Die polnischen Baumaßnahmen sind illegal.

**Sahra Damus** (Grüne), Frankfurter Landtagsabgeordnete

„Durch die Umweltkatastrophe 2022 treffen Eingriffe in den Fluss auf ein ohnehin schon stark geschwächtes Ökosystem“, sagte der umweltpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion der Grünen, Jan Niclas Gesenhues. „Die Oder muss sich nun dringend erholen.“ Der Oderausbau durchkreuze alle Pläne zur Revitalisierung und Wiederherstellung des Naturraums.

Die Mecklenburger Europaabgeordnete Hannah Neumann verwies darauf, dass auch das Neubauvorhaben des Containerhafens Swinemünde genehmigt wurde, obwohl eine Umweltverträglichkeitsprüfung noch laufe. „[Die polnische PiS](#) tritt inzwischen offen für völlig überdimensionierte Güterschifffahrt mit Staustufen entlang der gesamten Oder ein und der Hochwasserschutz gerät völlig ins Hintertreffen“, so Neumann. „Wir brauchen endlich wieder einen gemeinsamen Dialog über die Zukunft unseres Grenzflusses!“

Aus Sicht der Grünen müsse das Abkommen daher nun neu verhandelt werden, sagte der Fraktionsvorsitzende der Umweltpartei im Brandenburger Landtag, Benjamin Raschke. „Wir wollen konstruktiv mit unseren polnischen Nachbarn an einer gemeinsamen Perspektive auf den Grenzfluss arbeiten.“

# Charme-Offensive für den Oderausbau

Andreas Fritsche, nd



Ein Bagger steht am polnischen Ufer der Oder auf einer neu angelegten Buhne.

Foto: dpa/Patrick Pleul

»Die Oder dient als internationale Binnenwasserstraße dem Verkehr mit Güter- und Fahrgastschiffen sowie der Sport- und Freizeitschiffahrt. Sie verbindet Wirtschaftsräume und ist gleichermaßen eine schützenswerte Flusslandschaft.« So heißt es in der Terminankündigung einer Konferenz, die an diesem Dienstag im Kleist-Forum von Frankfurt (Oder) stattfinden soll. Die Teilnehmer sollen sich auf eine Konferenz freuen, die Transparenz und Klarheit über die aktuelle Situation und die künftige Entwicklung an dem Abschnitt der Oder schaffe, der die Grenze zwischen Deutschland und Polen bildet. Das Bundesverkehrsministerium von Volker Wissing (FDP) will mit der Tagung Raum bieten für einen offenen Dialog zwischen Behörden, Abgeordneten, Verbänden und weiteren Akteuren. Wissing selbst wird nicht erscheinen, jedoch seine Staatssekretärin Susanne Henckel. Angekündigt ist weiterhin Stefan Tidow, Staatssekretär von Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne).

Der Konflikt ist absehbar. Denn Umweltministerin Lemke spricht sich [angesichts eines massenhaften Fischsterbens im Sommer vergangenen Jahres](#) dafür aus, den Ausbau der Oder zu stoppen. Dagegen ist die von Verkehrsminister Wissings Ressort ausgerichtete Konferenz nach Einschätzung der Brandenburger Landtagsabgeordneten Sahra Damus (Grüne) bedauerlicherweise nichts anderes als eine »Charme-Offensive für den Oderausbau«. Damus ruft dazu auf, vor dem Kleist-Forum dagegen zu protestieren. Grundlage für den Ausbau, der auf polnischer Seite bereits läuft, ist ein [deutsch-polnisches Abkommen von Juni 2015](#). Der damalige Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) hatte es unterschrieben.

Vordergründig geht es darum, die Anrainer vor Hochwasser zu schützen, wenn sich im Winter auf dem Fluss Eisschollen auftürmen und so eine Barriere bilden, die das Wasser anstaut. Dann müssen Eisbrecher in Aktion treten. Damit diese nicht auf dem Grund der Oder aufsetzen, brauche es überall eine Wassertiefe von mindestens 1,80 Meter – so werden die geplanten und zum Teil

schon umgesetzten Baumaßnahmen begründet. Das Ausbaggern gehört dazu.

Die Grünen allerdings sehen die Notwendigkeit dafür nicht, zumal Politiker der bisherigen polnischen Regierungspartei PiS ziemlich offen durchblicken ließen, dass es ihnen darum gehe, die Oder im Interesse der Wirtschaft besser schiffbar zu machen. Dabei schlängelt sich der Strom bisher noch erstaunlich naturnah durch eine Auenlandschaft. Das ist ein in Mitteleuropa beinahe einzigartiger Schatz.

Nicht umsonst gibt es auf brandenburgischem Territorium den Nationalpark Unteres Odertal, geleitet übrigens von Dirk Treichel, der bei der Konferenz im Kleist-Forum zu Wort kommen soll –, ebenso wie Dorothe Herpertz von der Bundesanstalt für Gewässerkunde und Thomas Ehlert vom Bundesamt für Naturschutz. Diskutieren werden sie mit Sascha Meier vom [Bund für Umwelt und Naturschutz](#). Brandenburgs Umweltminister Axel Vogel (Grüne) hat in Polen erst Widerspruch gegen den Oderausbau eingelegt und dann Klage eingereicht.

Das Oberverwaltungsgericht in Warschau verhängte einen Baustopp wegen nicht ausreichender Prüfung der Auswirkungen auf die Umwelt. Aber der zuständige polnische Minister scherte sich nicht darum und ließ die Baumaßnahmen frech weiterlaufen, obgleich die Weltbank und die Entwicklungsbank des Europarates ihre Finanzierung zurückzogen. Am Sonntag wählten die polnischen Bürger die PiS ab, worauf Brandenburgs Grüne gehofft hatten. Es muss sich zeigen, was das für den Oderausbau bedeuten wird.

Zu befürchten sei, dass die geplante Beseitigung von Schwachstellen im Hochwasserschutz die Lage keineswegs verbessern, sondern vielmehr verschlechtern, warnen die Grünen. Deren Landtagsfraktion gab zusammen mit der Bundestagsfraktion und vier grünen Europaabgeordneten ein Gutachten in Auftrag und stellte das gerade rechtzeitig fertig gewordene, 28 Seiten lange Papier am Montag vor. Die Würzburger Anwaltskanzlei Baumann ging der Frage nach, ob das deutsch-polnische Abkommen von 2015 aufgrund verschiedener Entwicklungen als verletzt oder gegenstandslos anzusehen sei und welche Handlungsmöglichkeiten bestehen, das Abkommen auszusetzen, nachzuverhandeln oder zu kündigen. Berücksichtigt wurde dabei ein erheblicher Zeitverzug. So seien einzelne Maßnahmen, die eigentlich bereits im Jahr 2018 abgeschlossen sein sollten, noch nicht einmal gestartet worden, heißt es.

Als »gegenstandslos« stufte Rechtsanwalt Eric Weiser-Saulin das Abkommen allerdings nicht ein. Er zeigte jedoch eine Verletzung vertraglicher Pflichten durch die Republik Polen auf. Und auch wenn dies nicht von einem solch erheblichen Gewicht sei, dass es eine Beendigung des Abkommens rechtfertige, sollten die Verstöße gerügt werden. Ob juristische Schritte folgen, sei auch mit Blick auf die gesamtpolitischen Beziehungen zu entscheiden. Anlass zum Nachverhandeln sieht Weiser-Saulin. Es bestünden zahlreiche Handlungsmöglichkeiten, »von denen bislang soweit ersichtlich noch kein Gebrauch gemacht worden ist«.

Die Landtagsabgeordnete Damus sieht es so: »Das Rechtsgutachten hat festgestellt, dass mit dem Ignorieren des Baustopps auf polnischer Seite eine gravierende Vertragsverletzung vorliegt. Die

Baumaßnahmen sind damit illegal.« Dass dies bisher keine Konsequenzen nach sich ziehe, sei nicht hinzunehmen. Bei den Ausbauplänen habe man sich auf die Winterhochwasser konzentriert und Sommerhochwasser als Nebensächlichkei abgetan und kaum untersucht.

Es sei nicht nachgewiesen, dass sich der Hochwasserschutz verbessern oder zumindest nicht verschlechtern würde. »Dies ist in Deutschland jedoch im Wasserhaushaltsgesetz vorgesehen«, betont Damus. »Kann dieser Nachweis nicht erbracht werden, wäre der Ausbau auch auf deutscher Seite rechtswidrig.« Die Abgeordnete forderte Minister Wissing auf, »rechtsstaatliche Prinzipien sowohl in Deutschland als auch in Polen ernst zu nehmen und endlich ein Moratorium zu erwirken«.

Der Bundestagsabgeordnete Jan Niclas Gesenhues (Grüne) warnte: »Bauliche Eingriffe zerstören Rückzugs- und Laichorte und bedrohen den einzigen Auennationalpark Deutschlands.« Und seine Parteifreundin, die Europaparlamentarierin Hannah Neumann, ergänzte: »Beim Containerhafen Świnoujście sehen wir leider ein ganz ähnliches Problem. So wurde der Hafenausbau kürzlich in Polen genehmigt, obwohl die grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung noch läuft.« Hierfür dürfe es keine EU-Fördermittel geben.

Der Prignitzer vom 17.10.2023

**Seite:** 4  
**Ressort:** Brandenburg

**Ausgabe:** Der Prignitzer

# Oder-Ausbau verstößt gegen Abkommen

Polnische Arbeiten werden als illegal eingestuft

*Benjamin Lassiwe*  
er umstrittene Ausbau der Oder beschäftigt weiter die Politik: Ein von mehreren Europaabgeordneten und der Brandenburger Landtags- und der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Auftrag gegebenes Gutachten attestiert der polnischen Seite eine „massive Verletzung“ des deutsch-polnischen „Abkommens über die gemeinsame Verbesserung der Situation an den Wasserstraßen im deutsch-polnischen Grenzgebiet.  
„Die polnischen Baumaßnahmen sind illegal“, sagte die Frankfurter Landtagsabgeordnete Sahra Damus (Grüne) am Montag. „Dass dies bisher weder in Polen, noch beim Vertragspartner – dem Bundesverkehrsminister – Konsequenzen nach sich zieht, ist nicht hinzuneh-

men.“  
Auch die Auswirkungen auf den Hochwasserschutz seien problematisch: Man habe sich bislang nur auf mögliche Winterhochwasser konzentriert. Sommerhochwasser seien als Nebensächlichkeits abgetan und kaum untersucht worden.  
„Durch die Umweltkatastrophe 2022 treffen Eingriffe in den Fluss auf ein ohnehin schon stark geschwächtes Ökosystem“, sagte der umweltpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion der Grünen, Jan Niclas Gesenhues. „Die Oder muss sich nun dringend erholen.“  
Der Oder-Ausbau durchkreuzt alle Pläne zur Revitalisierung und Wiederherstellung des Naturraums.  
Die Mecklenburger Europaabgeordnete Hannah Neumann verwies darauf, dass das Neubauvorhaben des Containerha-

fens Swinemünde genehmigt wurde, obwohl eine Umweltverträglichkeitsprüfung noch laufe.  
„Die polnische PiS tritt inzwischen offen für völlig überdimensionierte Güterschiffahrt mit Staustufen entlang der gesamten Oder ein und der Hochwasserschutz gerät völlig ins Hintertreffen“, so Neumann. „Wir brauchen endlich wieder einen gemeinsamen Dialog über die Zukunft unseres Grenzflusses!“  
Aus Sicht der Grünen müsse das Abkommen neu verhandelt werden, sagte der Grünen-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Benjamin Raschke. „Wir wollen konstruktiv mit unseren polnischen Nachbarn an einer gemeinsamen Perspektive auf den Grenzfluss arbeiten.“

**Autor:** Andreas Fritsche  
**Seite:** 11  
**Ressort:** Hauptstadtregion

**Quellrubrik:** nd.DerTag  
**Nummer:** 78

## Charme-Offensive für den Oderausbau

Bundesverkehrsministerium richtet Konferenz in Frankfurt (Oder) aus – Grüne protestieren gegen die Pläne

Ein deutsch-polnisches Abkommen von 2015 regelt den vorgesehenen Ausbau der Oder. Könnte es gekündigt werden? Ein Gutachten der Anwaltskanzlei Baumann ging dieser Frage nach. Am Montag wurde es vorgestellt.

»Die Oder dient als internationale Binnenwasserstraße dem Verkehr mit Güter- und Fahrgastschiffen sowie der Sport- und Freizeitschiffahrt. Sie verbindet Wirtschaftsräume und ist gleichermaßen eine schützenswerte Flusslandschaft.« So heißt es in der Terminankündigung einer Konferenz, die an diesem Dienstag im Kleist-Forum von Frankfurt (Oder) stattfinden soll. Die Teilnehmer sollen sich auf eine Konferenz freuen, die Transparenz und Klarheit über die aktuelle Situation und die künftige Entwicklung an dem Abschnitt der Oder schaffe, der die Grenze zwischen Deutschland und Polen bildet. Das Bundesverkehrsministerium von Volker Wissing (FDP) will mit der Tagung Raum bieten für einen offenen Dialog zwischen Behörden, Abgeordneten, Verbänden und weiteren Akteuren. Wissing selbst wird nicht erscheinen, jedoch seine Staatssekretärin Susanne Henckel. Angekündigt ist weiterhin Stefan Tidow, Staatssekretär von Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne).

Der Konflikt ist absehbar. Denn Umweltministerin Lemke spricht sich angesichts eines massenhaften Fischsterbens im Sommer vergangenen Jahres dafür aus, den Ausbau der Oder zu stoppen. Dagegen ist die von Verkehrsminister Wissing's Ressort ausgerichtete Konferenz nach Einschätzung der Brandenburger Landtagsabgeordneten Sahra Damus (Grüne) bedauerlicherweise nichts anderes als eine »Charme-Offensive für den Oderausbau«. Damus ruft dazu auf, vor dem Kleist-Forum dagegen zu protestieren. Grundlage für den Ausbau, der auf polnischer Seite bereits läuft, ist ein deutsch-polnisches Abkommen von Juni 2015. Der damalige Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt

(CSU) hatte es unterschrieben.

Vordergründig geht es darum, die Anrainer vor Hochwasser zu schützen, wenn sich im Winter auf dem Fluss Eisschollen auftürmen und so eine Barriere bilden, die das Wasser anstaut. Dann müssen Eisbrecher in Aktion treten. Damit diese nicht auf dem Grund der Oder aufsetzen, brauche es überall eine Wassertiefe von mindestens 1,80 Meter – so werden die geplanten und zum Teil schon umgesetzten Baumaßnahmen begründet. Das Ausbaggern gehört dazu. Die Grünen allerdings sehen die Notwendigkeit dafür nicht, zumal Politiker der bisherigen polnischen Regierungspartei PiS ziemlich offen durchblicken ließen, dass es ihnen darum gehe, die Oder im Interesse der Wirtschaft besser schiffbar zu machen. Dabei schlängelt sich der Strom bisher noch erstaunlich naturnah durch eine Auenlandschaft. Das ist ein in Mitteleuropa beinahe einzigartiger Schatz.

Nicht umsonst gibt es auf brandenburgischem Territorium den Nationalpark Unteres Odertal, geleitet übrigens von Dirk Treichel, der bei der Konferenz im Kleist-Forum zu Wort kommen soll –, ebenso wie Dorothe Herpertz von der Bundesanstalt für Gewässerkunde und Thomas Ehlert vom Bundesamt für Naturschutz. Diskutieren werden sie mit Sascha Meier vom Bund für Umwelt und Naturschutz. Brandenburgs Umweltminister Axel Vogel (Grüne) hat in Polen erst Widerspruch gegen den Oderausbau eingelegt und dann Klage eingereicht.

Das Oberverwaltungsgericht in Warschau verhängte einen Baustopp wegen nicht ausreichender Prüfung der Auswirkungen auf die Umwelt. Aber der zuständige polnische Minister scherte sich nicht darum und ließ die Baumaß-

nahmen frech weiterlaufen, obgleich die Weltbank und die Entwicklungsbank des Europarates ihre Finanzierung zurückzogen. Am Sonntag wählten die polnischen Bürger die PiS ab, worauf Brandenburgs Grüne gehofft hatten. Es muss sich zeigen, was das für den Oderausbau bedeuten wird.

Zu befürchten sei, dass die geplante Beseitigung von Schwachstellen im Hochwasserschutz die Lage keineswegs verbessern, sondern vielmehr verschlechtern, warnen die Grünen. Deren Landtagsfraktion gab zusammen mit der Bundestagsfraktion und vier grünen Europaabgeordneten ein Gutachten in Auftrag und stellte das gerade rechtzeitig fertig gewordene, 28 Seiten lange Papier am Montag vor. Die Würzburger Anwaltskanzlei Baumann ging der Frage nach, ob das deutsch-polnische Abkommen von 2015 aufgrund verschiedener Entwicklungen als verletzt oder gegenstandslos anzusehen sei und welche Handlungsmöglichkeiten bestehen, das Abkommen auszusetzen, nachzuverhandeln oder zu kündigen. Berücksichtigt wurde dabei ein erheblicher Zeitverzug. So seien einzelne Maßnahmen, die eigentlich bereits im Jahr 2018 abgeschlossen sein sollten, noch nicht einmal gestartet worden, heißt es.

Als »gegenstandslos« stufte Rechtsanwalt Eric Weiser-Saulin das Abkommen allerdings nicht ein. Er zeigte jedoch eine Verletzung vertraglicher Pflichten durch die Republik Polen auf. Und auch wenn dies nicht von einem solch erheblichen Gewicht sei, dass es eine Beendigung des Abkommens rechtfertige, sollten die Verstöße gerügt werden. Ob juristische Schritte folgen, sei auch mit Blick auf die gesamtpolitischen Beziehungen zu entscheiden. Anlass zum Nachverhandeln sieht Wei-



ser-Saulin. Es bestünden zahlreiche Handlungsmöglichkeiten, »von denen bislang soweit ersichtlich noch kein Gebrauch gemacht worden ist«. Die Landtagsabgeordnete Damus sieht es so: »Das Rechtsgutachten hat festgestellt, dass mit dem Ignorieren des Baustopps auf polnischer Seite eine gravierende Vertragsverletzung vorliegt. Die Baumaßnahmen sind damit illegal.« Dass dies bisher keine Konsequenzen nach sich ziehe, sei nicht hinzunehmen. Bei den Ausbauplänen habe man sich auf die Winterhochwasser konzentriert und Sommerhochwasser als Nebensächlichlichkeit abgetan und kaum untersucht. Es sei nicht nachgewiesen, dass sich der

Hochwasserschutz verbessern oder zumindest nicht verschlechtern würde. »Dies ist in Deutschland jedoch im Wasserhaushaltsgesetz vorgesehen«, betont Damus. »Kann dieser Nachweis nicht erbracht werden, wäre der Ausbau auch auf deutscher Seite rechtswidrig.« Die Abgeordnete forderte Minister Wissing auf, »rechtsstaatliche Prinzipien sowohl in Deutschland als auch in Polen ernst zu nehmen und endlich ein Moratorium zu erwirken«. Der Bundestagsabgeordnete Jan Niclas Gesenhues (Grüne) warnte: »Bauliche Eingriffe zerstören Rückzugs- und Laidorte und bedrohen den einzigen Auen-nationalpark Deutschlands.« Und seine

Parteifreundin, die Europaparlamentarierin Hannah Neumann, ergänzte: »Beim Containerhafen winoujcie sehen wir leider ein ganz ähnliches Problem. So wurde der Hafenausbau kürzlich in Polen genehmigt, obwohl die grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung noch läuft.« Hierfür dürfe es keine EU-Fördermittel geben.

»Das Rechtsgutachten hat festgestellt, dass mit dem Ignorieren des Baustopps auf polnischer Seite eine gravierende Vertragsverletzung vorliegt. Die Baumaßnahmen sind damit illegal.« Sahra Damus (Grüne) Landtagsabgeordnete

Artikellayout (Format) wurde nachträglich verändert

die tageszeitung vom 17.10.2023



**Autor:** Von Nick Reimer  
**Seite:** 6 bis 6  
**Quellrubrik:** wirtschaft + umwelt

**Jahrgang:** 2023  
**Nummer:** 1017

## Neue Hoffnung für die Oder

Vertrag zwischen Polen und Deutschland über den Ausbau des Flusses müsse neu verhandelt werden, sagt ein Gutachten im Auftrag der Grünen

Wie geht es nach der Wahl in Polen mit dem Ausbau der Oder weiter? Anfang Oktober hatte die Weltbank ihre Kredite zurückgezogen, mit der Begründung, der Ausbau des polnisch-deutschen Grenzflusses könnte die Umwelt gefährden. Es geht allein aus dieser Quelle um 460 Millionen Euro: Zuvor hatte Polens oberstes Verwaltungsgericht SAC im März mit eben dieser Begründung das „Odra Vistula Flood Protection Project“ gestoppt, das Hochwasserschutzprojekt an Oder und Weichsel. Das Gericht reagierte damit auch auf das große Fischsterben im Jahr 2022.

Nach dem Urteil hatte im Juni bereits die Entwicklungsbank des Europarats CEB ihre Finanzierung gestoppt. Und jetzt könnte Herausforderer Donald Tusk von der liberalkonservativen Bürgerkoalition (KO) vielleicht doch neuer Regierungschef Polens werden: Mit Koalitionspartnern wie dem sozialdemokratischen Lewiza-Bündnis ist rechne-

risch eine Regierungsmehrheit möglich. Lewiza spricht sich gegen die Flussbaupläne aus und hat in ihrem Programm im unteren Bereich des Flusses einen grenzübergreifenden Auen-Nationalpark mit Deutschland angekündigt. Ufer befestigen, Buhnen in die Oder zu bauen, so die Wassertiefe zu erhöhen, um die Oder zu einer planbaren Schifffahrtsstraße zu machen – diese Pläne verfolgt die in Warschau seit acht Jahren regierende Partei Recht und Gerechtigkeit PiS. Grundlage ist der deutsch-polnische Regierungsvertrag aus dem Jahr 2015: Bundesverkehrsminister war damals Alexander Dobindt (CSU). „Das Abkommen ist nur auf einen kleinen Bereich der Oder zugeschnitten“, sagt Rechtsanwalt Eric Weiser-Saulin, dessen Kanzlei im Auftrag der Bündnisgrünen ein Rechtsgutachten erstellt hat. Ergebnis: Erstens wird von polnischer Seite massiv gegen das Regierungsabkommen verstoßen. Zweitens sind Aspekte wie der Klimawandel oder das

Fischsterben nicht vom Vertrag berücksichtigt.

„Trotz des gerichtlichen Baustopps arbeiten die Bagger weiter“, sagt die Brandenburger Landtagsabgeordnete Sahra Damus. Zudem habe das Rechtsgutachten ergeben, dass gegen europäisches Recht verstoßen wird, etwa die Wasserrahmenrichtlinie. „Bundesverkehrsminister Volker Wissing muss reagieren und auf polnischer Seite diese Vertragsverletzung klar benennen“, so Damus. Der FDP-Politiker aber ducke sich weg. „Die Oder braucht Ruhe, was dieses getroffene Ökosystem nicht gebrauchen kann, sind weitere Baumaßnahmen, deren Umweltverträglichkeit nicht ausreichend geprüft wurde“, erklärt Jan Niclas Gesenhues, umweltpolitischer Sprecher im Bundestag. Der Verkehrsminister solle mit seinem polnischen Kollegen den Regierungsvertrag nachverhandeln, was nach Paragraph 16 explizit möglich sei, so Gesenhues: „Die Verantwortung liegt bei Herrn